
Dokumentation

Dialog mit der Jugend*

Auszüge aus der Diskussion im Plenarforum „Für Frieden und Freiheit“ auf dem 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg am 4. November 1981

Christoph Bohr: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will einen Punkt aufgreifen, weil ich der Meinung bin, daß die Friedensbewegung ein Symptom für

eine sehr viel tiefer liegende Entwicklung in unserer Gesellschaft ist, die ihre Vorläufer beispielsweise in der Atombewegung, in der Ökologiebewegung hatte und die ganz sicher ihr nachfolgende Bewegungen haben wird.

-
- Diese Dokumentation folgt dem (unvollständigen) Wortprotokoll der von Helmut Kohl geleiteten Diskussionsveranstaltung. Es mußte — aus Platzgründen — erheblich gekürzt werden — sowohl insgesamt als auch innerhalb der einzelnen Beiträge. Aufgenommen wurden insbesondere solche Beiträge, die nach unserer Auffassung die Schwerpunkte der Diskussion besonders gut markieren. D. Red.

Ich glaube, daß es in dieser Diskussion um sehr viel mehr geht als nur um die rechten Wege zum Frieden und daß wir uns deswegen auch so schwertun mit dieser Diskussion, jenseits von einem opportunistischen Nachlaufen oder einer Verweigerung, den Diskussionsfaden aufzugreifen.

Ich meine mit „Symptom mit tieferliegenden Entwicklungen“, daß sich in dieser Friedensbewegung sehr deutlich etwas von der Orientierungs- und der Sinnkrise in unserer Gesellschaft zeigt. Ich will das an drei Stichworten festmachen, beispielsweise an der Tatsache, daß wir Sinnverlust etwa dann feststellen, wenn wir häufig Frieden und Freiheit in unlösbarem Zusammenhang diskutieren, daß wir feststellen beispielsweise Wertunsicherheit und Bewußtseinswandel etwa dann, wenn häufig in Diskussionen die physische Existenz des Menschen höher bewertet wird als beispielsweise ein Leben in Freiheit und daß wir etwas wie Wirklichkeitsflucht und Realitätsverlust feststellen, wenn wir sehen, daß ernsthaft Vorschläge in die Diskussion eingebracht werden, die Bundesrepublik von internationalen Konfliktlagen abzukoppeln. Ich glaube, daß sich diese sehr radikale Verunsicherung in unserer Gesellschaft in zwei Bereichen sehr deutlich zeigt. Den einen Bereich will ich die grundsätzliche moralische Infragestellung der Politik, nicht nur unserer Friedens- und Verteidigungspolitik, sondern unserer Politik generell, nennen. Ich meine in diesem Zusammenhang die Gruppe derjenigen, die in ganz redlicher Sorge um den Fortbestand unserer Welt Bedrohungen übersensibel wahrnimmt. Ich meine die Gruppe derjenigen, die einen neuen Wert rigorismus aufleben lassen, weil sie sich mit Fakten nicht abfinden können, weil sie sich mit einer technokratischen Begründung unserer Politik nicht zufrieden geben.

Ich sehe darin auch sehr deutlich die positive Entwicklung, der wir uns stellen müssen, daß Fakten zur Begründung unserer Politik nicht ausreichen, daß der Hinweis auf Übergewichte und Bedrohungspotentiale nicht ausreicht, um eine Friedens- und

Verteidigungspolitik zu betreiben, wie wir sie betreiben und daß auch in diesem Zusammenhang — ich meine, das muß man in der Diskussion auch aufgreifen — die Unterscheidung zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr in dem Maße trägt, wie das vielleicht vor einigen Jahren noch der Fall war — deswegen nicht mehr trägt, weil die Folgen von Entscheidungen, beispielsweise im Rahmen einer Politik der Rüstungsspirale, nicht mehr zu überblicken sind und im Rahmen einer solchen Entwicklung die Flucht in die Gesinnungsethik sehr nahe liegt.

Zweitens meine ich in diesem Zusammenhang eine Gruppe, die die Grundlagen unserer Politik, beispielsweise der Friedenspolitik, deswegen in Frage stellt, weil sie rational nicht mehr durchschaubar sind, weil die Rüstungsspirale Fakten schafft, die nicht mehr nachvollziehbar sind, auch nicht vom normalen, vom gesunden Menschenverstand her nachvollziehbar sind. Richard von Weizsäcker hat sehr deutlich davon gesprochen, daß die Grundlage der Abschreckungstheorie in sich selbst paradox ist, daß wir rüsten, um den Frieden zu schaffen, und daß dies, meine Damen und Herren, nicht mit dem gesunden Menschenverstand — ich will das mal so nennen — vereinbar ist, nicht nur moralisch in Frage zu stellen, sondern ganz nüchtern, ganz rational in Frage zu stellen ist. (Beifall).

Ich möchte mit einer Bitte für diese Diskussion enden, nämlich daß wir nicht über Mehrheiten und Minderheiten diskutieren, sondern daß wir zur Kenntnis nehmen sollten, daß es Fragen geben kann, die von so großer Bedeutung sind für unsere Politik, auch dann, wenn sie von einer Minderheit geäußert werden, daß wir die Unterscheidung in Quantitäten beiseiteschieben und uns auch Fragen von Minderheiten stellen sollten, wie sie beispielsweise zur Zeit im Rahmen der Friedensbewegung in die Diskussion gebracht werden. (Beifall).

Thorsten Geißler: Ich glaube, wir sind in der Vergangenheit tatsächlich häufig dem

Fehler unterlegen, zu sehr auf Geschlossenheit zu achten und zu wenig zu sehen, daß sehr viele junge Menschen von uns erwarten, daß wir nicht letzte Lösungen, letzte Antworten präsentieren, sondern einfach nur, daß auch wir ernstnehmen, was anderen Menschen Angst macht, was ihre Hoffnungen und Ziele in Frage stellt. (Beifall).

Ich glaube, daß es wichtig ist, daß dieser Parteitag ein Signal an unsere Partei gibt, diese Diskussion in allen Gliederungen fortzusetzen und es in Zukunft nicht dabei zu belassen, wie es vor kurzem einmal in unserer bayerischen Schwesterpartei geschehen ist, wo man einen Beschluß gefaßt hatte und hinterher der Generalsekretär verkündet hat: Jetzt werden wir mal die Parteibasis dafür mobilisieren. — Ich glaube, das ist der verkehrte Weg. Dieser Parteitag muß ein Zeichen sein, daß in der CDU von unten her diskutiert wird und daß wir dann dazu übergehen, hier ganz offen als Parteifreunde miteinander zu sprechen — im Geiste der Toleranz.

Ulrich Schöneborn: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zur Frage der Kriegsdienstverweigerung Stellung beziehen, weil mir aufgefallen ist, daß eine in der CDU weitverbreitete Sprachverwirrung erkennbar wird. Es wird geschrieben: Wir respektieren die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. — Hier findet die Diskriminierung eines Grundrechtes, des Grundrechtes auf Kriegsdienstverweigerung statt. Die CDU will es offensichtlich nicht wahrhaben, daß die Väter des Grundgesetzes dieses Grundrecht geschaffen haben, das jetzt in militärpolitische Perspektiven nicht mehr hineinpaßt. (Beifall).

Es reicht nicht aus, die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu respektieren. Es ist erforderlich, daß endlich das Menschenrecht auf Gewissensfreiheit verwirklicht wird. Das setzt voraus, daß die menschenunwürdige Gewissensinquisition für Kriegsdienstverweigerer abgeschafft wird. (Beifall).

Wer hier — wie die Junge Union — eine Diskriminierung durch eine andere ersetzen will, der befindet sich auf dem falschen Weg. Wer den Kriegsdienstverweigerer mit 21 Monaten Dienst bestrafen will und dies unter Bezugnahme auf das im Antrag erwähnte Verfassungsgerichtsurteil zu tun beabsichtigt, ersetzt politisches Handeln durch Richterrecht. Die CDU hat die Aufgabe, ein nicht verwirklichtes Grundrecht zu realisieren. Dafür sieht man hier noch keinen Ansatz. (Beifall).

Hans-Reiner Ludwig: Wir müssen uns fragen, was im Konfliktfall, wenn Frieden und Freiheit miteinander in Kollision geraten, geschieht. Wir müssen uns meiner Meinung nach klarmachen, daß dann die Freiheit Vorrang hat und zwar aus zwei Gründen. Erstens. Nicht der Frieden wird bedroht — niemand will ja Krieg führen, auch die Sowjetunion nicht —, sondern was bedroht wird, ist die Freiheit. Zweitens. Ohne Freiheit gibt es eben keinen Frieden. Wenn Leute an der Grenze erschossen werden, ist das kein Frieden, weil keine Freiheit gewährt wird. (Beifall).

Deswegen sage ich: Freiheit hat Vorrang. Das sollte der Leitantrag mit Blick auf diesen Konfliktfall auch sagen.

Jetzt möchte ich noch auf den Einwand eingehen, daß der Verteidigungsfall unsere Existenz vernichten würde. Darauf kann man erwidern, daß die Menschen mehr haben als bloß ihr biologisches Leben, als bloß ihre physische Existenz. Der Mensch hat auch eine Seele, eine moralische, eine sittliche Existenz. Das bedeutet, daß wir als Menschen verpflichtet sind, Unrecht nicht mitzumachen. Diese sittliche Existenz steht auf dem Spiel, wenn wir bereit sind, die Freiheit im Notfall hintanzusetzen. Wenn jemand seiner Angst nachgibt, läuft er Gefahr, das Unrecht der totalitären Staaten mitzumachen; denn totalitäre Staaten brauchen gerade Leute, die Angst haben. (Beifall). Wer den Frieden sogar über die Freiheit stellt, hat seine sittliche Existenz meiner Meinung nach schon aufgegeben.

Herbert Frings: Ich lehne den vermeintlichen Schutz militärischer Rüstung aus Vernunftgründen ab, da ich der Überzeugung bin, daß der Frieden nicht mehr mit militärischen Mitteln zu sichern ist. Jeder Krieg ist ein Verbrechen. Für mich fängt das schon bei der Rüstung an. Rüstung ist ein Verbrechen. Rüstung tötet jetzt, täglich und stündlich. In der Dritten Welt sterben Tausende von Menschen. Ihr Tod wird letztlich durch die Rüstungseskalation verursacht. Für mich ist der Rüstungswettlauf, ist die gesamte Abschreckungsstrategie Sünde, da sie dem anderen mit dem Tode droht, also Gleiches mit Gleichem vergilt. Dazu muß die Abschreckung bereit sein, wenn sie glaubwürdig sein will. Nur durch eine — auch einseitig - konsequente Abrüstung kann ich den Rüstungswettlauf verlangsamten oder gar stoppen. Dies ist auch keine Privatentscheidung. Ich möchte dafür eintreten, daß dies auch politisch entwickelt wird. Deshalb appelliere ich an die Politiker, an die Verantwortung für das Leben und die Zukunft der Menschen — nicht nur hier bei uns, sondern auch in anderen Teilen der Welt — zu denken.

Christen müssen Widerstand gegen Gewalt, z. B. Unfreiheit, Not und Angst, leisten, aber nicht in der Weise, daß auf Unrecht wieder mit Unrecht geantwortet wird, daß Drohung mit Gegendrohung abgewehrt wird, daß Gewalt mit Gewalt begegnet wird. An die Stelle der militärischen Verteidigung sollte vielmehr die soziale Verteidigung treten. Deshalb ist es notwendig, daß wir, die Bevölkerung, einen Bruch mit dem augenblicklichen militärischen Sicherheitsdenken praktizieren, damit der Friede entwickelt werden kann, denn er muß erst entwickelt werden. Wie kann man die Kinder zum Frieden erziehen, wenn man die Atomwaffen befürwortet? Deshalb schlage ich vor, daß wir das große Wagnis eingehen, Vertrauen in den Mitmenschen, auch in den gottlosen Marxisten, zu setzen. Das hat nichts mit Blauäugigkeit oder Naivität zu tun, denn ich kann in den Haß und in die Angst des anderen durch Vertrauen und Liebe ein-

brechen. Liebe ist stärker als aller Haß und alle Angst. Nur Liebe und Vertrauen können Angst und Haß überwinden. Das Vertrauen in den andern kann das Vertrauen des anderen schärfen. Ich kann vor meinem Gewissen eher eine Vorgehensweise verantworten und das Risiko eingehen, daß sich der andere nicht entsprechend verhält, als daß wir zur Ursache des Todes zahlloser unschuldiger Menschen werden. (Beifall).

Uwe Schummer: Ich halte sehr viel davon, wenn jemand eine pazifistische Einstellung hat. Pazifismus ist die Bereitschaft, gewaltlos zu sein, über die eigene Leiche hinweg. Pazifismus kann aber nicht bedeuten, auch über die Leichen anderer Menschen zu gehen. (Beifall). Das ist der Unterschied. Deshalb habe ich mich selber für die Bundeswehr entschieden. Ich habe in keiner Zeit mehr geflucht auf Gott, die Welt und das Vaterland als in der Grundausbildung in den drei Monaten, wo ich durch den Schlamm kriechen mußte. Aber es war halt ein Opfer, und Opfer müssen wehtun.

Bevor ich zur Bundeswehr ging, hatte ich mir die Frage gestellt: Uwe, was willst du machen, wenn einer mit einer dicken Keule kommt und dir eins vor den Kopf geben will? Ich habe gesagt: Wahrscheinlich würde ich mich wehren. Genauso gestehe ich auch einem Staat zu, daß er bereit ist, sich gegen jede intolerante aggressive Macht zu wehren. (Beifall).

Teilweise bekommt man etwas Angst vor Werten und Utopie. Aber gerade die Utopie der CDU ist im Grunde die größere. Denn wir sehen nicht die Abrüstung als erstes Ziel, sondern die Notwendigkeit den Frieden zu sichern, und zwar den inneren und den äußeren Frieden. Dabei geht es nicht darum, eine NATO ohne Waffen, sondern eine Welt ohne Waffen zu schaffen. Wir können stolz sein auf unsere Utopie. Wir müssen sie in der Öffentlichkeit besser betonen.

Da wir von dem inneren Frieden reden, möchte ich noch ein anderes Thema ansprechen: Die soziale Indikation. Wie kann man

bei uns von Frieden reden, wenn jährlich 80000 Kinder, die noch nicht einmal geboren wurden, aufgrund von nacktem Materialismus getötet werden? (Lebhafter Beifall). Da gibt es die banalsten Begründungen: Daß die Wohnung zu klein oder das Gehalt zu gering sei. Und das im reichsten Land Europas! Ich glaube, es ist eine Schlappe für den Sozialstaat, wenn das schwächste Glied der Bevölkerung einfach in die Mülltonne geworfen wird. (Beifall).

In der Diskussion hat mich bisher eines genervt, nämlich die teilweise geführte Haarspalterei mit den Begriffen Frieden und Freiheit. Einer ging und zählte, wie oft das Wort Freiheit und wie oft das Wort Frieden vorkamen. Wir wollen Frieden *und* Freiheit. Beides ist untrennlich. (Beifall). Das ist genau unsere Alternative: Wir wollen nicht nur Freiheit. Freiheit ist ein Bestandteil der Menschenrechte, die wir wollen, und zwar der Menschenrechte auf der ganzen Welt, nicht nur in der Sowjetunion, sondern z. B. auch in Chile, auch in den Staaten, wo Faschisten oder Militärdiktaturen regieren. (Beifall). Das gilt also auch in bezug auf die Türkei.

Ich möchte mit einer Bemerkung zur Feindesliebe schließen. Ich bin zwar kein Pazifist, aber ein guter Christ. Ich bin dabei auch menschlich. Ich möchte eine asiatische Weisheit von Laotse zitieren. Er sagte: Liebe deine Feinde, aber sei schneller als sie! (Heiterkeit und Beifall).

Marias Petersen: Ich finde es traurig, daß die Union bei der Bevölkerung — auch bei der Jugend — teilweise Pauschalurteile erweckt. Viele Freunde, die an der Friedensdemo teilgenommen haben, haben mir mitgeteilt, daß sie sich aufgrund der Äußerungen der CDU-Politiker als Kommunisten abgestempelt fühlen. Hinzu kommt, daß sie oft den Eindruck hatten, daß die Gefühle, die sie zum Ausdruck gebracht hatten, nicht ernst genommen worden sind.

In dem Zusammenhang wurden auch andere Fragen aufgeworfen, die ich teile,

z. B. ob es nicht irgendwie merkwürdig ist, wenn man darüber verhandelt, ob man die Welt viermal oder nur dreimal in die Luft sprengen können sollte. Für mich hat das in irgendeiner Weise doch keinen Sinn.

Mit ausschlaggebend dafür, mich hier zu Wort zu melden, ist teilweise auch das Gefühl, daß die CDU den Anspruch erhebt, ihre These sei allgemeingültig, und es deshalb den anderen Gruppen insgesamt abspricht, auch Recht zu haben. Für mich existieren beide Thesen, die man zur Abrüstung bzw. zum Frieden haben kann. Auf der einen Seite sagt man, wir müßten erst einmal ein Gleichgewicht der Stärke haben, auf der anderen Seite sagt man, wir sollten eine Vorleistung erbringen. Beides ist für mich nur eine Glaubensfrage. Ich kann nämlich nicht definitiv sagen, was richtig ist. Ich kann das nur vermuten. Deshalb meine ich, daß man sich mit beiden Ansichten auseinandersetzen sollte.

Thomas Marheinicke: Ich möchte auf das eingehen, was vorhin zur Friedensbewegung gesagt wurde, daß sie im Grunde total einseitig sei und eigentlich nur negative Auswirkungen gehabt hätte. Ich möchte einmal darauf hinweisen, welche Auswirkungen die Friedensbewegung schon bisher in der DDR gehabt hat. Beispielsweise wäre es noch vor einem Jahr völlig undenkbar gewesen, daß Tausende von Jugendlichen offen fordern, daß eine Kriegsdienstverweigerung auch in der DDR erlaubt werden sollte. Das war vor einem Jahr noch völlig undenkbar, und heute wird diese Forderung in der DDR offen dargelegt. Wer weiß beispielsweise, daß am vorletzten Wochenende in der DDR Tausende für den Frieden demonstriert haben, was in der bundesdeutschen Presse total totgeschwiegen wurde? Beispielsweise wird hier auch die Havemann-Initiative unter den Tisch gefegt. Aber diese Fakten sind nicht zuletzt durch die Friedensbewegung hervorgerufen worden. Ich finde, das ist schon ein sehr großer Erfolg. Meines Erachtens ist der Erfolg der Friedensbewegung in der DDR größer als bei uns.

Nun komme ich zu einem Zitat unseres Bundespräsidenten Karl Carstens. Carstens hat von unserem Papst Johannes Paul II. — ich bin Mitglied der Katholischen Kirche — gesagt, er sei ein glaubwürdiger Zeuge, und ihm könne man vertrauen. Dieser Papst hat in Hiroshima Ende Februar gefordert, daß die Atomwaffen geächtet werden müssen. Er hat gesagt, daß jeder Christ dazu aufgefordert ist, gegen die Atomwaffen einzutreten. Darum bin auch ich am 10. Oktober in Bonn gewesen, und ich bin deshalb noch lange kein Feind unserer Republik, kein Kommunist oder so etwas, sondern ich tue einfach das, was für einen katholischen Christen eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Ich will auch nicht darüber diskutieren, wer der bessere Christ ist, sondern für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Ich sage nicht, daß ich deswegen ein besserer Christ bin, aber ich möchte auch nicht noch einmal hören, daß man deswegen beispielsweise das Christentum falsch verstanden hat. Ich glaube schon, daß ich das Christentum richtig verstanden habe. (Beifall).

Matthias Bath: Meine Damen und Herren, ich denke, wir alle in diesem Saal wollen den Frieden. Trotzdem scheint der Frieden in den letzten Jahren unsicherer, gefährdeter zu sein, denn je zuvor. Niemand von uns hier in diesem Saal möchte Krieg. Trotzdem kann man ihn nicht völlig abschließen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen: sollte so etwas passieren, werden wir nicht die Angreifer sein. Es gibt keinen Schmidt, es gibt keinen Reagan, der sagt: „Wir machen jetzt einen Krieg; nun marschier mal“. Wir sind aber die möglichen Opfer einer solchen Auseinandersetzung.

In diesem Zusammenhang habe ich Furcht vor einer solchen Auseinandersetzung. Ich habe Furcht davor, daß es in unserem Lande so etwas wie eine fünfte Kolonne bereits gibt, die sich weit über das Spektrum von DKP und ähnlichen Organisationen hinaus erstreckt, und daß diese fünfte

Kolonne, die sich dann vielleicht mit Sprüchen geriert wie „Stellt Euch vor, es wäre Krieg, und keiner ginge hin“, und eine indirekte Einladung für mögliche Aggressoren ausspricht.

Ich meine, es gibt keine Alternative zur Verteidigung der Bundesrepublik und unserer westlichen Werte. — Und in diesem Zusammenhang habe ich eine weitere Furcht: Ob wir überhaupt vorbereitet sind für eine derartige Verteidigung. Ich frage mich, ob unser Zivilschutzsystem — wenn man mal von den gut vorhandenen Sirenen absieht — ausreicht, um derartige Auseinandersetzungen zu überstehen. Wie wird unsere Bevölkerung geschützt sein, wenn es zu einer solchen Auseinandersetzung kommen sollte?

Ich frage mich: Wie ist das Bewußtsein der Angehörigen der Bundeswehr, das Wehrmotiv? Wissen diese Leute überhaupt, wofür sie eintreten sollen? Nach einigen Diskussionsbeiträgen meiner Vorredner habe ich daran etliche Zweifel.

Ich frage mich: Wie ist die Bereitschaft der Bundeswehr zu gewährleisten, wenn im Zuge der Haushaltskürzung etwa Manöver ausfallen, wenn die Zahl der Flugstunden der Bundeswehr herabgesetzt wird? Ich frage mich: Steuern wir nicht auf Verhältnisse zu, wie sie vielleicht in Frankreich 1938/39 geherrscht haben? Werden wir nicht eines Tages auch die Folgen ausbaden müssen, die damals die Franzosen, Belgier, Holländer, Luxemburger und andere europäische Länder hinnehmen mußten?

Wenn ich wüßte, daß ein möglicher Angreifer mit entschlossener Gegenwehr rechnen müßte und daß das der überwältigende Konsens der regierenden und der Parlamentsparteien im Deutschen Bundestag ist, dann hätte ich weniger Furcht. (Beifall).

Stefan Schwarz: Ich will an zwei Beispielen klar machen, wie man Friedensdiskussionen nicht führen sollte. Das erste ist der Pressesprecher der CDU Deutschlands, der zur Demonstration vom 10. 10. gesagt hat, da sei eine Volksfront marschiert, und

der dann auch noch gesagt hat, das seien Chaoten. (Vereinzelter Beifall). Das zweite ist die Diskussion dieser gesamten Friedensproblematik. Wenn man sich mal anguckt, wann das Plenum voll klatscht und wann mal so vereinzelt geklatscht wird, dann sieht man daß natürlich - das halte ich auch für legitim und normal — die Leute meistens dann klatschen, wenn die alten CDU-Thesen immer wieder kernig vorgebracht werden: Das ist auch gut so. Nur, ich warne die CDU davor, jetzt nach Hause zu fahren und zu sagen: Jetzt haben wir mit der Jugend diskutiert, und in der Kreispartei sieht das dann anders aus.

Ich will dafür ein Beispiel nennen. Es gibt einen Kreisverband der CDU, wo die Junge Union hingegangen ist und einem Kreisparteitag alle diese Thesen, wie sie jetzt diskutiert werden — im Januar dieses Jahres; das hat mit Ihrem Entschluß, den Parteitag durchzuführen, nichts zu tun, Herr Kohl —, zur Diskussion vorgelegt hat. Reaktion des Plenums war: Man hat sich nicht darüber unterhalten. Der zuständige CDU-Kreisvorsitzende — ist klar, der mußte reagieren — hat was gesagt und der zuständige Bundestagsabgeordnete ebenfalls. Ansonsten herrschte eisiges Schweigen. Die CDU übte sich in Ignoranz. Am Ende des Parteitages bekam man dann auf die Schulter geklopft, dann

wurde einem gesagt: „Jungs, nun kümmert Euch mal um die anständigen Jugendlichen.“ — Ich meine, die CDU kann gerne so weitermachen. Aber da ist in dem Gebiet, wenn man mit den Leuten reden will, nichts zu holen.

Mir ist noch eine ganz wichtige Sache aufgefallen, und das scheint mir entscheidend zu sein. Nicht so sehr die Fakten, die diskutiert werden, sind entscheidend, auch nicht die Daten der Militärtechnik und was auch immer. Mir scheint entscheidend zu sein, wie man mit den Leuten umgeht.

Dabei ist mir heute aufgefallen — das geht an die Adresse der Jugendlichen, die hier mitdiskutiert haben; meine Kollegen, wenn ich so sagen darf, daß es nämlich gar nicht darum geht, daß die Leute unbedingt nur von der Notwendigkeit der Verteidigung überzeugt werden müssen, sondern daß die Ursachen tatsächlich tiefer liegen. Dieselben Leute, die bei der Atomkraftbewegung mitmarschiert sind, gehen jetzt - und es werden mittlerweile immer mehr — auch auf die Friedensdemonstration in Bonn, weil da auch keiner dagegen sein kann. Ich bin der Meinung, man sollte sich darum kümmern, und nicht sagen: Das ist eine Bewegung, die aufhört. Ich kann der CDU nur empfehlen, sich darum zu bemühen. (Beifall).

Mitteilung der Redaktion:

Auch wir werden leider nicht von steigenden Material- und Produktionskosten verschont. Wir müssen deshalb eine Preiserhöhung ab Januar 1982 ankündigen: Der vierteljährliche Bezugspreis wird dann 19,80 DM betragen (Studenten: 17,50 DM). Das Einzelheft wird 6,80 DM kosten. Wir würden uns freuen, wenn unsere Leser uns dennoch die Treue bewahren!

Herausgeber: Bundesvorstand des DGB, Redaktion: Hans O. Hemmer (Chefredakteur, verantwortlich), Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30, Telefon 02 11/4 3011, Postanschrift: Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1, Fernschreiber 8 5848 22 a: Bund-Verlag GmbH, Postfach 210140, 5000 Köln 21, Telefon 0221/82821, Fernschreiber 08873362, Verlagsleitung: Toraas Kosta. Druck: Industriedruck Krefeld. Verantwortlich für Anzeigen: Karl-Heinz Antoni.
Vierteljahresabonnement: 17,50 DM (Studentenpreis: 15,50 DM), Einzelheft 5,85 DM einschließlich 6,5% Umsatzsteuer. ISSN 0016-9447.
Die zur Abwicklung von Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.